



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8095 Rytz Regula

Sind die für Fische und Wasserflöhe unzulässig giftigen Pestizid-Wirkstoffe Etofenprox, Tefluthrin, Emamectinbenzoate und Primicarb noch zugelassen?

In "Datengrundlage und Kriterien für eine Einschränkung der PSM-Auswahl im ÖLN" untersucht Agroscope Pestizide darauf, ob sie im ÖLN eingeschränkt werden sollen. Die Liste ist laut Verein "Ohne Gift" unvollständig und es dürften Pestizide verwendet werden, die nach geltender Vorschrift für Fische und Wasserflöhe unzulässig giftig sind (Etofenprox, Tefluthrin, Emamectinbenzoate, Primicarb). Ist dies korrekt? Wenn ja, was fehlt auf der Liste und warum sind die Stoffe zugelassen?

Réponse

L'initiative parlementaire 19.475 « Réduire le risque de l'utilisation de pesticides » demande de réduire de 50% les risques pour les eaux de surface. Dans le cadre de la mise en œuvre de cette initiative, le Conseil fédéral propose de limiter l'utilisation des substances qui présentent un risque potentiel plus élevé que les autres produits autorisés. Le principe consiste à utiliser les produits présentant un risque plus faible lorsque des alternatives sont disponibles.

La modification de l'ordonnance sur les paiements directs, mise en consultation le 28 avril 2021, contient déjà l'ethofenprox dans la liste des substances concernées. La tefluthrin n'est utilisée que pour le traitement des semences enfouies dans le sol. Le risque potentiel de cette substance est donc limité et elle n'a pas été retenue dans la liste. L'emamectinbenzoate et le pirimicarb n'ont pas été retenus car ils présentent un risque potentiel nettement plus faible que les autres substances figurant dans la liste. La liste des substances concernées a été établie sur la base de leur toxicité et de leur risque potentiel pour les organismes aquatiques. Les données concernant les différentes substances ont été publiées dans le numéro 106 de la revue Agroscope Science.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.7997 Molina

Mutmasslicher Verstoss gegen das Genfer Protokoll, die Bio- und die Chemiewaffenkonvention sowie gegen zwingendes Völkergewohnheitsrecht durch die Türkei

Die Berichte über den Einsatz von Giftgas durch die türkische Armee in der Autonomen Region Kurdistan (Nordirak) mehren sich.

-Hat die Schweiz bei der türkischen Regierung eine Erklärung verlangt? Auf welchen Ebenen wurden die Vorwürfe erörtert?

- Setzt sich die Schweiz für eine unabhängige Untersuchung durch die OPCW oder eine andere internationale Organisation ein?

-Kann die Schweiz ausschliessen, dass es sich beim mutmasslich eingesetzten Gas um ein Schweizer Produkt handelt? Wenn ja, wie?

Frage 21.7998 Friedl Claudia

Einsatz von Chemiewaffen gegen die Kurden in Nordirak?

Bei militärischen Aktionen der Türkei gegen die Kurd*innen im Nordirak in diesem Sommer waren immer wieder Siedlungsgebiete betroffen, Zivilist*innen kamen ums Leben. Dabei soll es zum Einsatz von geächteten Chemiewaffen gekommen sein. So wird es von Journalistinnen und MR-Aktivist*innen berichtet.

Kennt der Bundesrat diese Vorwürfe? Ist ihm bekannt, ob Chemiewaffen eingesetzt wurden? Ist er bereit, eine internationale Aufklärung dieser Ereignisse zu fordern und zu unterstützen?

Antwort

Der Bundesrat hat Kenntnis von entsprechenden Vorwürfen und verfolgt die Thematik weiterhin aufmerksam. Der Einsatz von chemischen Kampfstoffen für militärische Zwecke ist gemäss Chemiewaffenübereinkommen verboten. Sollten sich die Vorwürfe über den Einsatz von Chemiewaffen im Nordirak erhärten, kann die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) diese Vorfälle durch eine Erkundungsmission mit internationalen Inspektoren und Inspektorinnen untersuchen. Die Schweiz befürwortet unabhängige Untersuchungen durch die OPCW grundsätzlich und hat diese in der Vergangenheit wiederholt finanziell, technisch und materiell unterstützt. So ist etwa das Labor Spiez eines von weltweit 22 designierten Laboratorien der OPCW und steht der Organisation auf Anfrage für die Analyse von Proben zur Verfügung. Bis dato wurde keine Anfrage bezüglich der vorliegenden Anschuldigungen gestellt.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8010 Binder

Schweizerische Finanzierung der palästinensischen NGOs im Jahr 2022? (I)

Die Finanzierung palästinensischer NGOs steht seit Jahren im Fokus des Interesses - in der Schweiz und in Israel. Der

Bundesrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele palästinensische NGOs werden im Jahr 2022 durch die Schweiz alimentiert? Mehr oder weniger als 2021?
2. Wird dem Parlament eine Liste aller unterstützten NGOs vorgelegt?
3. Wurden Finanzierungen gestrichen, weil einzelne NGOs sich nicht an vertragliche Abmachungen gehalten haben?

Frage 21.8011 Binder

Finanzierung der palästinensischen NGOs im Jahr 2022? (II)

Die Finanzierung palästinensischer NGOs steht im Fokus des Interesses - in der Schweiz und in Israel. Deshalb meine Fragen:

1. Wie hoch ist der Gesamtbetrag welcher 2022 für die Finanzierung von palästinensischen NGOs vorgesehen ist? Wie viel mehr oder weniger als 2021?
2. Gibt es NGOs, die wesentlich mehr oder weniger Geld erhalten? Wenn ja, welche? Weshalb gibt es Anpassungen.
3. Welche Auswirkungen hat die MENA-Strategie des EDA auf die Finanzflüsse an palästinensische NGOs?

Antwort

Gemäss der MENA-Strategie 2021–2024 und im Rahmen des Nahost-Kooperationsprogramms 2021–2024 hat das EDA seine Partnerschaften diversifiziert und die Anzahl der NGOs von 69 im Jahr 2017 auf rund 30 reduziert. Die Liste ist auf schriftliche Anfrage für jedermann erhältlich. Die Neuausrichtung des Kooperationsprogramms und die verstärkte Zusammenarbeit mit dem akademischen und privaten Sektor zielen darauf ab, Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen für junge Menschen zu schaffen. Das Budget 2021 des Kooperationsprogramms beträgt 36,1 Mio. CHF. 13 Prozent davon, d.h. rund 5 Mio. CHF, werden durch lokale israelische und palästinensische NGOs umgesetzt. Die Beiträge an die NGOs variieren je nach Mandat und Vertrag; die jährlichen Beiträge an die einzelnen Organisationen sind im Rahmen der Vierjahresprogramme stabil. Die unterstützten NGOs werden regelmässig evaluiert.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8049 Marti Samira

Familiennachzug für Angehörige von in der Schweiz lebenden Afghanen: Monatelange Wartezeiten auf Auslandsvertretungen für Termine

Die Geltendmachung des Anspruchs auf Familiennachzug ist in der Praxis aber stark erschwert, auch wegen bürokratischen Hürden, die teilweise von Schweizer Auslandsvertretungen aufgestellt werden. So muss das Gesuch inkl. der Dokumente persönlich bei eingereicht werden. Z.B. in der Türkei oder in Pakistan sind Termine jedoch für längere Zeit ausgebucht und frühestens ab April 2022 buchbar. Angesichts der humanitären Notlage ist dies unhaltbar. Was macht das EDA dagegen?

Frage 21.8050 Marti Samira

Dokumentenprüfung bei Familiennachzug nach AIG

Um den Familiennachzug einzuleiten, müssen zahlreiche Dokumente persönlich bei der Schweizer Vertretung eingereicht werden. Die Dokumentenbeschaffung erweist sich in Afghanistan als sehr schwer. Die Überprüfung der Dokumente bei der CH-Vertretung nimmt viel Zeit in Anspruch (in Pakistan 8-14 Monate). In der Zeit können die Gesuchsteller weder zurückreisen, noch sich in Pakistan in Sicherheit aufhalten. Diese Wartezeit ist angesichts der humanitären Notlage unhaltbar. Was macht das EDA dagegen?

Antwort

Das humanitäre Visumsverfahren unterscheidet sich vom Familiennachzug. Das Erste bedingt den Nachweis einer humanitären Notlage. Das Zweite umfasst die Überprüfung einer familiären Bindung anhand von Zivilstandsurkunden. Die Überprüfung afghanischer Urkunden ist zeitintensiv, da kein zentrales nationales Zivilstandsregister existiert. Auch der regional unterschiedliche Zugang zu den Behörden beeinflusst die Verfahrensdauer. Die persönliche Vorsprache ist rechtlich vorgeschrieben. Die Vertretung in Islamabad hat ihre Kapazitäten erhöht, sodass die nächsten Termine ab Mitte Januar 2022 verfügbar sind. Die Schweiz hat sich zusammen mit vier anderen europäischen Staaten bei Pakistan dafür eingesetzt, dass der Grenzübertritt aus Afghanistan möglich ist. Soweit bekannt, ist die Sicherheit der afghanischen Gesuchstellenden in Pakistan gewährleistet.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8051 Molina

Neue Regierung in Honduras: Wie unterstützt die Schweiz das Land im Transformationsprozess?

Mit dem Ergebnis der Wahlen vom 28. November nimmt das Land Abschied vom Erbe des Militärputsches von 2009. Es besteht die Chance auf deutliche Fortschritte bei guter Regierungsführung und Armutsbekämpfung.

- Wie unterstützt die Schweiz die neue Regierung bei diesen Anstrengungen und einem Versöhnungsprozess?
- Welche Massnahmen gegen die Straflosigkeit ehemaliger Amtsträger:innen wird die Schweiz treffen?
- Wie stellt die Schweiz ihr IZA-Engagement nach dem Ausstieg der bilateralen EZA sicher?

Antwort

Die Schweiz wird den neuen Kurs von Frau Xiomara Castro mit Interesse verfolgen.

Mit einem Rahmenkredit von CHF 2,4 Mio. unterstützte die Schweiz die Arbeit der Mission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zur Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit. Diese endete 2020. Seitdem hat die Schweiz in Zusammenarbeit mit den Akteuren des honduranischen Justizsystems und der Zivilgesellschaft ein Programm zur Bekämpfung von Straflosigkeit und Korruption umgesetzt.

Der Rückzug der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in Honduras konzentriert sich in der Übergangsperiode bis 2024 u.a. auf das Thema gute Regierungsführung. So wird die Nachhaltigkeit der bisher erzielten Ergebnisse und der Transfer von Wissen und Aktivitäten an die lokalen Akteure gewährleistet.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8053 Molina

Repression gegen die palästinensische Zivilgesellschaft durch die israelische Regierung: Reaktion der Schweiz

Am 19. November 2021 hat die israelische Regierung sechs palästinensische NGOs verboten. Diese ungerechtfertigte Repression gegen die Zivilgesellschaft ist international auf grosse Kritik gestossen.

- Wie setzt sich der Bundesrat für den Schutz der Zivilgesellschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten ein?
- Welche Auswirkungen hat der Entscheid auf die Arbeit der Schweiz vor Ort?
- Hat der Bundesrat von der israelischen Regierung eine Erklärung verlangt und protestiert?

Antwort

Die Schweiz engagiert sich gemäss der MENA-Strategie 2021-2024 im Rahmen ihres Kooperationsprogramms für eine aktive Zivilgesellschaft, die in schwierigen Kontexten wie im Nahen Osten einen wichtigen Beitrag an die Menschenrechte leistet. Sie unterstützt in diesem Zusammenhang NGO als Teil der Zivilgesellschaft. Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums und der Meinungsfreiheit betrachtet die Schweiz mit Sorge.

Das EDA finanziert keine der sechs betroffenen NGOs. Es verfolgt die Auswirkungen dieses Entscheids auf diese betroffenen Organisationen und auch auf die Zivilgesellschaft aufmerksam. Die Schweiz hat den Entscheid Israels zur Kenntnis genommen. Sie hat die Frage bilateral mit den israelischen Behörden thematisiert und wartet nun auf konkrete Informationen.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8055 Walder

Moratoire sur l'exploitation minière en eaux profondes

Les compagnies minières et une poignée d'États tentent de pousser l'exploitation minière en eaux profondes auprès de l'Autorité des fonds marins, faisant fi du principe de précaution et des effets désastreux attendus sur l'environnement. Le Conseil fédéral soutient-il la critique exprimée par le groupe africain dans sa soumission du 13.7.2021 à l'ISA concernant la demande de Nauru d'obtenir l'autorisation d'exploiter commercialement des mines en eaux profondes dans un délai de deux ans?

Réponse

La Suisse a pris connaissance de la requête de Nauru ainsi que de celle du groupe africain. Le Conseil fédéral est en train d'examiner si la Suisse doit s'engager en faveur d'un moratoire dans le cadre de l'Autorité internationale des fonds marins (ISA), ce qui permettrait d'étudier plus précisément l'impact environnemental de l'exploitation minière en eaux profondes. Parallèlement, il encourage les nouvelles technologies ainsi que les voies alternatives d'approvisionnement en matières premières.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8066 Walder Situation en Tunisie

Les inquiétudes vont grandissantes en Tunisie où, depuis 4 mois maintenant, le Président Saïed concentre à lui seul les pouvoirs exécutif, législatif et judiciaires.

- Quelle est la position du Conseil fédéral à propos de la situation politique en Tunisie ?
- Sous quelle forme la Suisse a-t-elle interpellé les autorités tunisiennes pour demander la levée de la suspension des institutions tunisiennes, l'application de la Constitution et le retour à l'Etat de droit ?

Réponse

La Suisse soutient depuis 2011 les processus de transition politique et économique entamés par la Tunisie. Le Conseil fédéral a exprimé sa préoccupation vis-à-vis des mesures exceptionnelles décrétées depuis le 25 juillet. Il a appelé au maintien de l'Etat de droit et au respect des principes démocratiques fondamentaux tels que prévus dans la Constitution tunisienne.

La Suisse suit l'évolution de la situation en continu. Elle est prête à ajuster son engagement dans le pays, notamment en adaptant les priorités de son programme de coopération à la situation.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8086 Rechsteiner Thomas

Kohäsionsmilliarde: Die Schweiz bezahlt wesentlich mehr!

In der Herbstsession hat das Parlament den ausstehenden Kohäsionsbeitrag von 1,3 Milliarden an die EU freigegeben. Mit dem Bau der NEAT sowie weiteren Leistungen wie die Bezahlung von Sozialhilfen an arbeitslose EU-Bürger bezahlt die Schweiz aber wesentlich mehr.

1. Gibt es eine Schätzung über die Höhe der direkten und indirekten Leistungen der Schweiz an die EU und ihre Mitgliedstaaten und wie hoch ist diese?
2. Ist der Bundesrat bereit, diese Trumpfkarte gegenüber der EU auch auszuspielen?

Antwort

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zur Interpellation 19.4008 Reimann eine Liste der Zahlungen und Beiträge an die EU veröffentlicht. Daneben gibt es Investitionen der Schweiz wie bspw. in die NEAT, welche auch der EU bzw. ihren Mitgliedstaaten zu Gute kommen. In der Kommunikation mit der EU verweist die Schweiz daher konsequent auf diese und andere Leistungen und unterstreicht damit ihre Rolle als wichtige Partnerin in Europa.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8099 Fehlmann Rielle

Comment protéger les parlementaires d'Afghanistan et leurs proches ?

Lors de sa 143e assemblée tenue à Madrid à fin novembre, l'UIP (Union interparlementaire) a fait état de la situation très inquiétante de nombreux parlementaires dans le monde. Parmi eux figurent les 316 parlementaires d'Afghanistan dont 86 femmes qui sont en danger depuis la prise de pouvoir des Talibans. La Suisse va-t-elle prendre des mesures pour contribuer à protéger ces membres du parlement, leurs familles et le personnel parlementaire qui sont particulièrement exposés ?

Réponse

Le droit suisse prévoit que toute personne dont la vie ou l'intégrité physique est directement, sérieusement et concrètement menacée dans son pays d'origine ou de provenance peut soumettre une demande de visa humanitaire. La demande doit être déposée en personne auprès d'une représentation suisse à l'étranger habilitée à délivrer des visas. Chaque demande est examinée minutieusement et au cas-par-cas. Les critères pour l'établissement d'un visa humanitaire sont néanmoins stricts. Le simple fait d'appartenir à un groupe potentiellement menacé n'est pas suffisant pour pouvoir justifier d'un danger de mort. Par ailleurs, conformément à la pratique constante, la personne doit avoir un lien étroit et actuel avec la Suisse.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8103 Crottaz

Lignes directrices sur les droits humains 2021-2024: respect de la liberté d'expression numérique. Qu'en est-il en ce qui concerne Peng Shuai ?

La liberté d'expression numérique est bafouée dans le cas de la joueuse de tennis chinoise Peng Shuai. Son message a été annulé par le pouvoir peu après sa publication et, ensuite, les seules nouvelles la concernant sont parvenues par le biais de comptes liés à l'Etat. Plusieurs pays sont inquiets pour la sécurité de la joueuse et la France se dit prête à envisager des conséquences diplomatiques. La WTA envisage de ne plus organiser de tournoi en Chine.

Qu'entend faire la Suisse à ce sujet ?

Réponse

La Suisse est préoccupée par la situation du droit à la liberté d'expression en Chine en général, et plus particulièrement par le cas de la joueuse de tennis, Peng Shuai. Le fait qu'elle soit systématiquement passée sous silence dans les médias chinois et censurée dans les médias sociaux de ce pays soulève de lourdes questions. La Suisse est en contact avec différents acteurs, à travers le Centre pour le sport et les droits de l'homme, qui sont à la recherche d'informations sur Peng Shuai. Cette affaire montre l'importance de la liberté d'expression et de la protection juridique en cas d'abus, qui devraient être garanties dans un Etat de droit.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8002 Schneeberger 20.4074 Sicherheitslücken in der Mobilkommunikation

In der Antwort meiner Interpellation 20.4074 erwähnt der Bundesrat folgendes:

«Das ISB überprüft bis Mitte 2021, ob es für die Bundesverwaltung wirtschaftlich sein könnte, ein zweites Betriebssystem zu integrieren und zu unterstützen. Aussagen über geschätzte Gesamtkosten im Falle einer Unterstützung eines zweiten Betriebssystems sind erst nach der erwähnten Prüfung möglich.»

- Gibt es darüber ein Bericht über die Resultate und kann dieser eingesehen werden?
- Wie ist das weitere Vorgehen?

Antwort

Im Auftrag des ISB resp. neu DTI hat das BIT die Studie «Weiterentwicklung Mobile Service» erarbeitet. Gemäss dieser Studie ist die Einführung eines zusätzlichen mobilen Betriebssystems (Android zusätzlich zu iOS) aus wirtschaftlicher Sicht nur sinnvoll, wenn künftig mehr als die Hälfte aller Geräte Android-Geräte sind.

Die Kosten könnten weiter reduziert werden, indem Android-Geräte als «Bring your own Device» zugelassen werden. Das heisst, für diese Geräte werden keine weiteren Supportleistungen (z.B. Reparaturen von Displays) erbracht. Auch «Bring your own Device»-Geräte müssen zur Erhöhung der Sicherheit über ein Mobile Device Management System verwaltet werden. Aktuell wird davon ausgegangen, dass der Bedarf an «Bring your own Device» gross ist und der Bund künftig weniger Mobilgeräte beschaffen muss.

Basierend auf diesen Erkenntnissen soll Android als zweites mobiles Betriebssystem für Privatgeräte («Bring your own Device») zugelassen werden. Ein Umsetzungsauftrag an die Leistungserbringer Büroautomation ist in Arbeit.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8069 Gössi Schweizer Lösung für die Cloud Infrastruktur

Cloudlösungen werden auch für den Bund immer relevanter.

- Hat der Bundesrat eine Strategie, wie er sich mit Cloud-Ressourcen eindeckt?
- Plant er Cloud-Infrastruktur in und aus der Schweiz zu nutzen oder setzt er auf aussereuropäische Lösungen, wo insbesondere chinesische oder amerikanische Software eingesetzt wird?

Andere Länder forcieren nationale Cloud Lösungen.

- Unterstützt der Bundesrat ähnliche Initiativen?

Antwort

Cloud-Dienste sind ein wichtiger Bestandteil der digitalen Transformation der Bundesverwaltung. Der Bundesrat hat am 11. Dezember 2020 die Cloud-Strategie der Bundesverwaltung verabschiedet (vgl. Medienmitteilung des Finanzdepartements vom 11. Dezember 2020, <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-81568.html>). Diese sieht eine bundesinterne Private Cloud sowie – zur Reduktion der Abhängigkeit von einzelnen Anbietern – mehrere Public Clouds vor.

Das Vorhaben «Public Clouds Bund» (Ausschreibung WTO-20007) ist ein erster Schritt zur Umsetzung der Cloud-Strategie (vgl. Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 10. November 2021, <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-85828.html>). Es ging kein Angebot eines Schweizer Anbieters ein, das die Anforderungen der Ausschreibung erfüllte. Angebote von Firmen mit Mutterhaus im europäischen Raum sind keine eingegangen.

Ebenfalls am 11. Dezember 2020 nahm der Bundesrat den Bericht zur Bedarfsabklärung für eine nationale Cloud für die Wirtschaft und die Verwaltung zur Kenntnis. Daraus geht hervor, dass der Bedarf momentan nicht gegeben ist (vgl. Medienmitteilung des EFD vom 11. Dezember 2020, <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-81573.html>).



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.7990 Heimgartner Kabotage durch Bund (1/2)

Während der Impfwoche des Bundes vom 8. - 14.11.2021 kam es zu Verstössen gegen das Kabotageverbot. Künstler/innen wurden innerhalb der Schweiz mit deutschen Reisecars chauffiert.

Gerade in der aktuellen Pandemie wurde die Personentransportbranche arg gebeutelt, unter anderem durch einschneidende Corona-Massnahmen des Bundes. Das Missachten von geltenden Vorschriften durch den Bund ist in diesem Zusammenhang besonders unsensibel! Wie gedenkt der Bund auf dieses Fehlverhalten zu reagieren?

Frage 21.7991 Heimgartner Kabotage durch Bund (2/2)

Wie bereits bei der Frage "Kabotage durch Bund (1/2)" beschrieben, kam es während der Impfwoche vom 8.-14.11.2021 zu Verstössen gegen das Kabotageverbot.

Wer trägt für den beschriebenen Gesetzesverstoss die Verantwortung?

Wie reagiert der Bund als Auftraggeber auf den Gesetzesverstoss?

Welche Konsequenzen wird der beschriebene Gesetzesverstoss haben?

Frage 21.8090 Imark Kabotage durch BAG

Offenbar kam es im Rahmen der durch das BAG injizierten Impfkampagne zu verbotenen Kabotage-Transporten.

1) Wie beurteilt der Bundesrat die verbotenen Transporte?

2) Wer trägt für die verbotenen Transporte die Verantwortung?

3) Wie reagiert der Bundesrat auf die verbotenen Transporte, hinsichtlich der durch Massnahmen des BAG arg gebeutelten Carbranche?



Antwort

Das zuständige Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat für die Information der Bevölkerung im Rahmen der Impfwoche einen Generalunternehmer mit Sitz in der Schweiz beauftragt. Teil dieses Mandats war insbesondere auch die Informations- und Konzerttour «Back on Tour».

Für den Transport und Aufenthalt der Künstlerinnen und Künstler sowie den beteiligten Personen waren Doppeldeckerbusse mit Liegemöglichkeiten nötig. Entsprechende Busse stehen offenbar in der Schweiz nicht zur Verfügung, sie mussten in der Folge von einem Subunternehmen in Deutschland organisiert werden. Das BAG war in die Auswahl des Anbieters der Busse nicht involviert. Die Verantwortung für die sorgfältige Auswahl der Subunternehmer liegt bei dem zuständigen Generalunternehmen.

Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) und das Bundesamt für Verkehr (BAV) führen aktuell Abklärungen hinsichtlich des Verdachts auf Kabotage durch. Der Bundesrat kann keine Auskunft zu laufenden Verfahren geben.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8003 Cottier

Covid-19: aération des espaces clos, rôle de la Confédération

Les scientifiques soulignent toujours plus fortement l'importance du renouvellement de l'air en lien avec la crise du COVID-19, le virus se transmettant principalement par voie aérienne. La Confédération ne devrait-elle pas être plus active pour recommander, voire imposer, des mesures de la qualité de l'air (mesure du CO₂) et de renouvellement de l'air (ventilation) dans des lieux publics fermés, dans le but de lutter activement contre la pandémie, en particulier pendant l'hiver?

Réponse

Le virus se transmet aussi bien par voie aérogène, sur d'assez longues distances, que par gouttelettes et aérosols, sur de courtes distances. Il est donc important de combiner plusieurs mesures (vaccination, distance, masque, aération, dépistage, etc.) afin d'empêcher efficacement les contaminations. Une aération régulière est recommandée, car elle constitue une mesure de base essentielle pour lutter contre la transmission du SARS-CoV-2 en intérieur. Des capteurs de CO₂ peuvent être utiles pour se rappeler d'aérer. Il est, par ailleurs, tout aussi primordial de porter le masque et de respecter les distances, car même un très bon renouvellement de l'air ne protège pas des transmissions par aérosols et gouttelettes à proximité immédiate d'une personne infectée.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8004 Cottier

Covid-19 : port du masque en intérieur

Depuis l'été, il a été possible d'alléger les mesures anti-COVID grâce à l'évolution de la situation, à l'avancée de la vaccination et aux certificats. Vu l'évolution de la situation, le Conseil fédéral n'estime-t-il pas plus judicieux d'adopter maintenant au plan national des mesures un peu plus restrictives, p.ex. obligation du port du masque dans les lieux publics intérieurs, comme certains cantons l'ont décidé, plutôt que de risquer une détérioration poussant à des restrictions plus fortes?

Réponse

Depuis que les vaccins sont disponibles à large échelle, le Conseil fédéral ne prend de nouvelles mesures que s'il n'est plus possible d'assurer les soins de santé de la population. Cette stratégie est connue depuis le mois de mai. Conformément aux bases stratégiques convenues entre la Confédération et les cantons en octobre 2020, les cantons sont responsables de prendre les mesures requises en cas de hausses régionales.

Le Conseil fédéral estime que les cantons n'ont pas suffisamment assumé leur responsabilité au cours des dernières semaines. Les hospitalisations sont actuellement en forte hausse.

Si l'évolution se poursuit au rythme des dernières semaines, une surcharge des unités de soins intensifs ne peut être exclue. Le nouveau variant Omicron pourrait encore aggraver la situation. Compte tenu de cette situation, le Conseil fédéral a pris des mesures le 3 décembre. Elles ont pour objectif de réduire la circulation du variant Delta et de ralentir la propagation du variant Omicron en Suisse. Globalement, il s'agit de décharger les hôpitaux.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8005 Feller

Présentation non conforme à la réalité de l'état de la fortune et des finances de l'AVS par compenswiss. Pourquoi le Conseil fédéral a-t-il tardé à agir?

Le Conseil fédéral vient de mettre en consultation un projet d'ordonnance sur la présentation des comptes de compenswiss. Car les comptes tels qu'établis actuellement ne présentent pas un état de la fortune et des revenus de l'AVS conforme à la réalité.

1. Pourquoi le Conseil fédéral a-t-il attendu la fin de l'année 2021 pour agir? 2. Cette ordonnance, aura-t-elle un impact sur les dépenses prises en compte pour calculer la contribution que la Confédération doit à l'AVS (article 103 LAVS)?

Réponse

1. La loi sur les fonds de compensation constitue la base légale qui régit la présentation des comptes conforme à la réalité. Ces dispositions ne pouvaient cependant pas être élaborées et adoptées au 1^{er} janvier 2019, date de la mise en exploitation opérationnelle de l'établissement, car les risques et les conséquences d'une adaptation à court terme étaient difficiles à évaluer et devaient faire l'objet d'un examen plus approfondi. Il fallait par ailleurs tenir compte, lors de la définition des principes relatifs à la présentation des comptes, du standard « IPSAS Social Benefits », qui n'a été approuvé qu'en janvier 2019.

2. Étant donné que le total des charges de l'AVS n'augmente pas de manière significative, les nouvelles prescriptions n'ont pas d'effets substantiels sur la contribution fédérale à l'AVS.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8006 Feller

Contribution de la Confédération à l'AVS. Prise en compte sélective des dépenses liées à l'activité de placement de la fortune.

La Confédération doit verser une contribution à l'AVS qui s'élève à 20.2% des dépenses annuelles de l'assurance. Or, certaines dépenses liées au placement de la fortune de l'AVS sont prises en compte dans le calcul de cette contribution (frais de gestion externe, frais des banques dépositaires, etc.). D'autres dépenses liées à l'activité de placement ne sont en revanche pas prises en compte (droit de timbre, frais de gestion externe des fonds, etc.). Comment expliquer ces incohérences ?

Réponse

Les modèles d'évaluation appliqués par la banque de dépôt de compenswiss en ce qui concerne les placements sont aujourd'hui paramétrés de telle sorte que les frais de transaction sont compris dans le prix d'achat et sont par conséquent activés avec les placements. À l'avenir, ces frais devront être comptabilisés directement au titre des frais de gestion de fortune, afin de ne plus grever le rendement des placements. Compenswiss a déjà élaboré un projet qui permet de présenter ces coûts en tant que frais de gestion de fortune, avant même l'entrée en vigueur des nouvelles règles de présentation des comptes.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8007 Feller

Les frais de gestion externe de la fortune de l'AVS, doivent-ils être pris en compte ou non dans le calcul de la contribution de la Confédération à l'AVS ?

La Confédération doit verser une contribution à l'AVS qui s'élève à 20.2% des dépenses de l'assurance. Or, dans son avis sur la motion 21.4172, le CF affirme que «les dépenses résultant du placement de la fortune sont liées à l'activité de placement et non à l'assurance même» et qu'«elles n'ont donc pas à entrer en ligne de compte dans le calcul de cette contribution». Pourtant, en 2020, les frais de gestion externe de la fortune (13.1 millions) ont été pris en compte. Qu'en est-il?

Réponse

Comme le Conseil fédéral l'a exposé dans sa réponse à l'interpellation 21.3942, les frais de gestion des fonds font partie intégrante des dépenses sur la base desquelles est calculée la contribution fédérale à l'AVS. Cette affectation a une origine historique. Elle a pour conséquence que la base de calcul de la contribution de la Confédération est légèrement différente que celle qui découlerait d'une séparation stricte des coûts. L'ordonnance sur la présentation des comptes de compenswiss permettra de modifier la base de calcul de la contribution de la Confédération.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 20.8013 Locher Benguerel Kinderrechte- Schweiz muss Lücken in der Datenerhebung von Kindern und Jugendlichen dringend schliessen

Der UN- Kinderrechtsausschuss mahnt die Schweiz prioritär für die gravierende Lücke bei der Datenerhebung. Zu vielen Lebenssituationen fehlen aussagekräftige Daten. Insbesondere Informationen über den Gesundheitszustand von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind lückenhaft, bestätigt der Gesundheitsbericht. Auch der Bericht des Bundesrats "Politik der frühen Kindheit" ortet Datenlücken. Ist der Bundesrat bereit, dem BFS einen entsprechenden Auftrag zur Datenerhebung zu erteilen?

Antwort

Der Bundesrat ist sich dieser Situation bewusst. Die nachfolgenden Aktivitäten sind bereits gestartet, um diese Datenlücken zu schliessen.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) verfasst derzeit einen Bericht als Antwort auf die Postulate 21.3220 Roduit «Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen» vom 17.03.2021 und 21.3457 WBK-N «Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken» vom 15.04.2021. Dieser Bericht wird die Auswirkungen und Folgen der Pandemie sowie die Schutzmassnahmen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen analysieren. Ausserdem erarbeitet das BAG gemeinsam mit den Kantonen ein minimales Indikatorenset zur Konkretisierung und Priorisierung von Datenlücken. Schliesslich wird es auch Informationen zur Gesundheit von Kindern in der Kohortenstudie «Schweizerische Gesundheitsstudie» integrieren, sofern der Bundesrat diesem Vorhaben im 2022 zustimmt.

Das Bundesamt für Statistik führt in der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) seit 2021 ein Modul zum Gesundheitszustand und zur Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen durch. In der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2022 wurde das Modul zur Gesundheit von Kindern angepasst. Zudem prüft das BFS die Verknüpfung von Versorgungsdaten aus der Medizinischen Statistik mit Haushaltsstrukturdaten. Schliesslich wird das BFS die Thematik der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im statistischen Mehrjahresprogramm des Bundes 2024-2027 einfliessen lassen.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8014 Locher Benguerel IV-Tabellenlöhne: Bis wann prüft der Bundesrat Verbesserung

Der Bundesrat hat dem BSV den Auftrag erteilt zu prüfen, ob die Entwicklung von spezifisch auf die IV zugeschnittenen Bemessungsgrundlagen bei der Berechnung des IV-Grads mit Tabellenlöhnen möglich ist. Bis wann wird das BSV diese Prüfung vornehmen und wird dabei auch der eben publizierte Vorschlag Riemer-Kafka/Schwegler berücksichtigt, der auf einer breit abgestützten Arbeitsgruppe aus Lehre, Gerichten, Vollzugsstellen, BfS und BSV beruht

Antwort

Die Auswirkungen der Neuerungen im Bereich der Invaliditätsbemessung werden im Rahmen des Forschungsprogrammes zur Invalidenversicherung evaluiert. Dazu gehören auch vertiefte Abklärungen zur allfälligen Weiterentwicklung der Tabellen der Lohnstrukturerhebung. Der Bundesrat ist bereit, den Lösungsvorschlag von Frau Professorin emerita Gabriela Riemer-Kafka miteinzubeziehen. Die Arbeiten werden umgehend an die Hand genommen. Für eine aussagekräftige Evaluation der Auswirkungen der Neuerungen der Weiterentwicklung IV bedarf es jedoch mindestens einer auf zwei Jahren basierenden Datengrundlage.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8018 Giacometti

Obbligo di quarantena anche per i vaccinati o guariti ?

Diversi paesi sono stati inseriti nell'elenco dei paesi con una variante preoccupante del virus. Fra questi paesi figurano anche il Regno Unito e altri paesi europei. Le persone che entrano in CH da uno di questi paesi devono mettersi in quarantena per 10 giorni, anche se sono vaccinate o guarite.

Per quale motivo le persone vaccinate o guarite devono mettersi in quarantena? Come possiamo convincere le persone a fare il vaccino di richiamo se la CH penalizza i vaccinati con la quarantena?

Frage 21.8041 Addor

La quarantaine contre le tourisme ?

La quarantaine de 10 jours imposée, en sus d'un test Covid négatif, aux personnes (y compris vaccinées, guéries ou en déplacement professionnel) arrivant de pays où le variant Omicron est apparu a produit des effets immédiats et dévastateurs sur le tourisme. Pour éviter de compromettre la saison touristique d'hiver, le Conseil fédéral est-il prêt à renoncer immédiatement à cette mesure et en tout état de cause, comment les pertes qu'elle occasionne déjà seront-elles indemnisées ?

Frage 21.8073 Bregy

Omikron: Wir brauchen Alternativen zur Quarantäne

Omikron ist in der Schweiz angekommen. Die Quarantänepflicht ist daher - gerade aus dem Blickwinkel des Wintertourismus - die falsche Massnahme, es braucht Alternativen. Durch welche wirtschaftlich weniger einschneidende Massnahmen kann die Quarantäne substituiert werden? Wäre allenfalls eine ausgeweitete Teststrategie/ Zertifikatspflicht eine Möglichkeit?

Frage 21.8083 Kamerzin

Levée immédiate de la quarantaine obligatoire pour les personnes en provenance de l'étranger

Compte tenu qu'un test PCR négatif et/ou un certificat covid doit être considéré comme suffisant pour entrer en Suisse, et compte tenu des conséquences catastrophiques de la quarantaine obligatoire pour les cantons touristiques notamment, le Conseil fédéral



envisage-t-il la levée immédiate de cette quarantaine obligatoire pour les personnes ne provenance de l'étranger pour autant que celles-ci présentent un test PCR négatif ou un certificat covid valable ?

Frage 21.8097 Moret Isabelle

Supprimer la quarantaine de 10 jours en provenance de certains pays pour la remplacer par le Certificat COVID et deux tests

Le Conseil fédéral a introduit une quarantaine de 10 jours en provenance de certains pays, même pour les personnes vaccinées. Cette décision met en péril la saison d'hiver de nos stations.

Au lieu d'une telle quarantaine, il serait possible d'introduire l'obligation d'un certificat COVID (voir même limité au 2G), un test à l'entrée et un test après 2 jours; voir même une quarantaine de 48 heures jusqu'à l'obtention du 2ème test. Pourquoi le CF estime-t-il que cela n'est pas suffisant ?

Antwort

Die neue Virusvariante Omikron wurde am 26. November 2021 von der WHO als besorgniserregend eingestuft. Es besteht die Gefahr, dass bisherige Impfstoffe weniger wirksam sind und eine durchgemachte Infektion mit SARS-CoV-2 weniger vor einer erneuten Infektion schützt. Der Bund hat nach Bekanntwerden der neuen Variante umgehend Massnahmen ergriffen, um deren Einschleppung nach Möglichkeit zu verzögern. So wurden am 26. November 2021 alle direkten Flüge aus der Region des südlichen Afrikas verboten. Bei der Einreise aus Ländern, in denen die neue Virusvariante aufgetreten ist, mussten zudem alle Personen einen negativen Covid-19-Test vorlegen und sich für zehn Tage in Quarantäne begeben. Das frühe und entschiedene Handeln ist bei Auftreten von potentiell immunevasiven Virusvarianten entscheidend und kann zu wertvollen Zeitgewinnen bei der Bekämpfung der Pandemie führen. Nachdem in der Schweiz erste Infektionen festgestellt wurden, hat der Bundesrat am 3. Dezember 2021 die Einreiseregeln angepasst und die Quarantänepflicht mehrheitlich durch eine Testpflicht ersetzt.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8019 Studer

Ist der Vorschlag Riemer-Kafka die Lösung für die Tabellenlohn-Probleme?

Vom Bundesgericht als Übergangslösung bezeichnet und von Lehre, Forschung sowie SGK-N wiederholt kritisiert: Bei der IV-Grad-Berechnung werden für das Invalideneinkommen zu hohe Vergleichslöhne beigezogen, da diese körperlich schwere Arbeiten beinhalten. Menschen mit Behinderungen können diese Löhne auch im ausgeglichenen Arbeitsmarkt aber nie erzielen. Löst der kürzlich publizierte Vorschlag einer Arbeitsgruppe unter Prof. em. Riemer-Kafka aus Sicht des Bundesrats die kritisierten Probleme?

Antwort

Der Lösungsvorschlag von Frau Professorin emerita Gabriela Riemer-Kafka basiert auf dem bis am 31. Dezember 2021 anwendbaren System der Bemessung des Invaliditätsgrades. Demzufolge berücksichtigt er das lineare Rentensystem und die Weiterentwicklung der Invaliditätsbemessung und damit die neuen Regelungen auf Stufe Verordnung per 1. Januar 2022 nicht.

Eine erste Einschätzung zeigt, dass der Lösungsvorschlag auf Personen mit einer körperlichen Einschränkung fokussiert und Personen mit psychischen Beeinträchtigungen nicht berücksichtigt. Diese machen heute die Hälfte der rentenbeziehenden Personen aus. Inwieweit eine solche Lösung im Rahmen einer Regelung zur Invaliditätsbemessung für sämtliche versicherten Personen herangezogen werden kann, muss vertieft geprüft werden. Dies auch zusammen mit den rechtlichen Grundlagen und Auswirkungen auf andere Sozialversicherungen. Der Bundesrat wird den Lösungsvorschlag in die geplanten Arbeiten einbeziehen.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8023 Fivaz Fabien

Biens en fuite dans les recherches en provenance: quel sort est réservé aux œuvres indirectement spoliées dans le droit suisse?

La différence entre « biens spoliés » et « biens en fuite » dans les recherches en provenance fait l'objet de nombreux débats. Un avis de droit publié en 2015 affirme que les biens en fuite ne sont pas considérés par le droit suisse et qu'ils ne peuvent pas faire l'objet d'une demande de restitution. Pourtant, la Suisse a signé la Déclaration de Terezin.

- Quel est la position du Conseil fédéral sur cette différence ?
- Les demandes de restitution de biens en fuite sont-elles fondées ?

Réponse

Le terme de « biens en fuite » ou « art en fuite » ne fait pas parti des dénominations utilisés dans les directives internationales tel que les Principes de Washington ou la déclaration de Terezin. En conséquence, la Confédération considère que la distinction entre « art spolié » et « art en fuite » n'est pas pertinente. Indépendamment de toute catégorisation, chaque cas particulier nécessite un examen approfondi et, pour la Confédération, la question décisive au sens des Principes de Washington est celle de savoir dans quelle mesure un transfert ou un changement de main s'étant produit entre 1933 et 1945 avait un caractère confiscatoire. Dans l'affirmative, il est vraisemblable, dans le cas de « biens en fuite » ou d'« art en fuite », qu'il s'agisse également d'art spolié à l'époque du national-socialisme au sens des Principes de Washington.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8026 Fivaz Fabien

Contrats entre la Suisse et Moderna/Pfizer Biontech: quelles sont les conditions contractuelles pour transférer les doses?

En Allemagne et en Italie, des informations concernant les contrats signés entre ces pays et Moderna/Pfizer Biontech mettent en évidence de nombreuses limitations, y compris pécuniaires, pour les transferts de doses de vaccins à des tiers, par exemple dans le cadre des programmes avec les pays du sud.

- Quelles conditions sur le transfert de vaccins figurent dans les contrats signés par la Suisse?

Réponse

Les contrats conclus avec les fabricants de Moderna et de Pfizer/BioNTech sont confidentiels. Par conséquent, aucune donnée spécifique ne peut être fournie sur les contenus de ces contrats en ce qui concerne le transfert de vaccins.

Dans l'esprit d'une gestion active des vaccins, la Confédération s'efforce d'éviter autant que possible que des doses excédentaires demeurent inutilisées. Dans cette optique, la remise de vaccins au programme COVAX fait notamment partie des initiatives mises en place. À cet effet, la Confédération entretient des échanges réguliers avec les différents acteurs impliqués, entreprises de fabrication incluses.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8027 Binder

Verunmöglichte Planungssicherheit für die Familienorganisationen angesichts der Budgetkürzungen Ende November

Ende November 2021 wurden die langfristig tätigen Familienorganisationen (wie Pro Juventute, Kibesuisse, Profamilia, Pro Enfance, a:primo) darüber informiert, dass sie ab dem 1.1.2022 ca. 25% weniger Mittel erhalten werden. Nota bene zu einem Zeitpunkt, in welchem die Budgets der Organisationen längst erstellt sind. Wie steht der Bundesrat zu dieser Planungsunsicherheit für die Organisationen? Auf welcher regulatorischen Grundlage beruht diese Kurzfristigkeit?

Antwort

Die Finanzhilfen an Familienorganisationen werden gestützt auf das Familienzulagengesetz und auf die Verordnung über Finanzhilfen an Familienorganisationen gewährt. Für die kommende vierjährige Vertragsperiode hat eine grössere Anzahl Familienorganisationen um mehr Finanzhilfen ersucht als in der vergangenen Periode. Die ersuchten Finanzhilfen übersteigen den zur Verfügung stehenden Budgetbetrag gemäss Voranschlag 2022 und Finanzplan 2023-2025 um rund eine Million Franken jährlich.

In diesem Fall kommt die Prioritätenordnung des Eidgenössischen Departements des Innern zur Anwendung, wodurch die Finanzhilfen der bisherigen Vertragsnehmer tiefer ausfallen als bis anhin. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat die Familienorganisationen Mitte Juli 2021 über diese Ausgangslage informiert.



Ora delle domande del 6 dicembre 2021

Domanda 21.8031 Marchesi

Medicamento contro il Covid-19, un'opportunità anche per la Svizzera?

L'Agenzia europea dei medicinali (Erna) ha emesso un preavviso sull'uso della pillola antivirale contro il Covid di Merck (Molnupiravir) a supporto dei vari paesi UE che potrebbero decidere su un uso precoce, ad esempio in contesti di emergenza. Anche il Paxlovid, l'altro trattamento orale anti-Covid sviluppato da Pfizer, è in fase di analisi. Il Consiglio federale intende verificare questa opportunità anche per il nostro paese? Se sì, con che strategia?

Risposta

L'Ufficio federale della sanità pubblica (UFSP) intrattiene scambi regolari con la task force scientifica sulle terapie esistenti e nuove contro la COVID-19. Se un medicamento o un principio attivo è giudicato promettente per il trattamento della COVID-19, la Confederazione può organizzarne l'approvvigionamento.

Il 23 novembre 2021 la Confederazione ha stipulato con Merck Sharp & Dohme (MSD) un contratto di riservazione per fino a 8640 dosi di Molnupiravir. Si prevede che il medicamento sarà disponibile al più tardi a gennaio 2022.

Per quanto riguarda il medicamento Paxlovid, l'UFSP è in contatto con Pfizer, ma non può fornire informazioni sulle trattative in corso.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8032 Pointet

Sommes-nous vraiment exemplaires avec notre eau potable ?

Dans la réponse à l'interpellation 21.4101 on peut lire "...le Conseil fédéral estime qu'il n'est pas non plus nécessaire d'agir pour protéger cette ressource [l'eau potable]". Le Conseil fédéral considère-t-il réellement que nous en faisons suffisamment pour protéger notre eau potable alors que des pénuries estivales se sont récemment produites dans certaines régions de notre pays?

Réponse

A l'échelle de la Suisse, l'approvisionnement en eau est assuré pour les prochaines décennies, même en cas de changement climatique. Cela s'explique par le fait que de nombreuses ressources en eau indépendantes de l'hydrologie (eaux souterraines, eaux des lacs) peuvent être exploitées et que seule une fraction des précipitations est utilisée pour fournir de l'eau potable. La plupart des fournisseurs d'eau n'ont par ailleurs pas besoin de procéder à des traitements coûteux pour pouvoir les mettre à disposition.

Selon la nouvelle ordonnance sur la garantie de l'approvisionnement en eau potable en cas de pénurie grave (OAP ; RS 531.32) entrée en vigueur en octobre 2020, les cantons doivent garantir l'approvisionnement en eau potable et prendre, comme les exploitants d'installations d'approvisionnement en eau, différentes mesures pour éviter les pénuries graves (les cantons doivent par exemple faire un inventaire électronique des installations d'approvisionnement en eau, des nappes phréatiques et des sources garantissant l'approvisionnement en eau potable). Le Conseil fédéral est donc d'avis qu'il n'est pas nécessaire de prendre d'autres mesures dans ce domaine.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8034 Brenzikofer Konsum von Psychopharmaka bei Jugendlichen

Die Schülerbefragung HBSC wird nur alle vier Jahre durchgeführt, die Schweizerische Gesundheitsbefragung des BFS nur alle fünf Jahre. Obwohl von vielen Fachstellen eine Zunahme des Medikamentenmissbrauchs bei Jugendlichen festgestellt wurde, existieren somit keine aktuellen Daten.

- Kann der Bundesrat das Ausmass des Konsums von Psychopharmaka (insbesondere bei Jugendlichen) beurteilen?
- Wäre der Bundesrat bereit sicherzustellen, dass relevante Daten in kürzeren Abständen erhoben werden?

Antwort

Es ist anhand von periodisch durchgeführten Erhebungen wie HBSC und Omnibus-Studie möglich, das grobe Ausmass des Konsums von Psychopharmaka und dessen Entwicklung zu erfassen. Gemäss Omnibus-Erhebung des BFS gaben 2018 weniger als 1% der Betroffenen in der Altersgruppe der 15-34-jährigen an, fast täglich in den letzten 3 Monaten Schlaf- und Beruhigungsmittel sowie leistungssteigernde Medikamente einzunehmen. Weiter zeigen Zahlen im Rahmen der HBSC-Studie von 2018, dass ca. 4% der 15-jährigen bereits einmal Medikamente mit der Absicht von psychoaktiven Effekten eingenommen haben. Die nächsten Daten werden mit der Befragungswelle im 2022 erhoben und anschliessend im 2023 zur Verfügung stehen.

Diese Erhebungen ermöglichen es, Veränderungen im Laufe der Zeit zu beobachten, indem ähnliche Fragen in Abständen von mehreren Jahren wiederholt werden. Der Bundesrat sieht momentan nicht den Bedarf, die Erhebungsabstände zu verkürzen.

Zur Vertiefung der Kenntnisse werden zudem weitere Abklärungen getroffen: So führt beispielsweise Infodrog, die vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) eingesetzte Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht, zurzeit eine Situations- und Bedarfsanalyse zum Thema «Jugendliche und Mischkonsum» durch. Die Ergebnisse dieser Analyse werden bis Ende 2022 zu Verfügung stehen.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8040 Addor La police dans les familles à Noël ?

Le Conseil fédéral veut imposer au moins jusqu'au 24 janvier 2022 l'obligation du certificat Covid dans les rencontres de plus de 10 personnes en famille ou entre amis. Comment imagine-t-il qu'une telle mesure, qui représenterait une intrusion massive de l'État dans la sphère privée, pourrait être contrôlée ? Les familles de notre Pays doivent-elles s'attendre à ce que la police vienne frapper à leur porte à Noël ?

Réponse

L'obligation de détenir un certificat pour les rencontres privées de plus de 10 personnes vise principalement à sensibiliser la population à un comportement responsable, y compris dans le cadre familial. Ensemble, tous les citoyens peuvent diminuer de manière décisive le risque de propagation du coronavirus en respectant les mesures de protection et en réduisant les contacts sociaux.



Ora delle domande del 6 dicembre 2021

Domanda 21.8043 Quadri Numeri dei contagi covid suddivisi per età

L'esplosione del numero delle quarantene di classe, anche nelle scuole elementari e d'infanzia, indica che il coronavirus circola attualmente in particolare tra i giovani, ed anche tra i giovanissimi.

Perché il numero dei contagi quotidiani non viene indicato suddiviso per fascia d'età?

Risposta

Il numero degli ultimi casi di COVID-19 dichiarati è pubblicato, in base a fasce d'età di dieci anni, sulla dashboard dell'Ufficio federale della sanità pubblica (UFSP), aggiornata nei giorni feriali. Sul sito web dell'UFSP è inoltre riportata una stima settimanale dell'evoluzione del numero di casi per le diverse fasce d'età nel rapporto sulla situazione epidemiologica in Svizzera e nel Principato del Liechtenstein.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8044 Nantermod

Des entraves à l'application de la troisième dose?

Toute personne de plus de 16 ans peut se faire vacciner une troisième fois. Outre la vaccination de base, le "booster" est la voie royale pour sortir de la pandémie. Selon plusieurs informations, les vaccinés au Pfizer-Biontech ne pourraient se faire administrer une dose de Moderna que chez le médecin, dans les centres de vaccination ou dans les hôpitaux, à l'exclusion des pharmacies.

Quelles en sont les raisons, le CF estime-t-il qu'il serait utile de permettre ces vaccinations en pharmacie ?

Réponse

Il est de la compétence des cantons de déterminer si les pharmaciens, en tant que professionnels responsables, sont habilités à procéder aux vaccinations.

Compte tenu de la situation épidémiologique actuelle, le Conseil fédéral se félicite de toute mesure permettant d'obtenir rapidement et le plus simplement possible la vaccination de rappel. Le « booster » offre une protection contre les formes graves de la maladie. De plus, il est un moyen efficace de se protéger contre une infection au coronavirus.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8047 Friedli Esther

Wie viele Personen füllten in den letzten 2 Monaten das Einreiseformular aus?

Täglich gibt es in der Schweiz mehrere Millionen Grenzübertritte resp. Einreisen in die Schweiz. Seit September müssen Einreisende (mit wenigen Ausnahmen) elektronisch ein Einreiseformular betreffend Covid-19 ausfüllen. Wie viele Personen haben dies in den letzten 2 Monaten ausgefüllt? Welche Massnahmen werden ergriffen, wenn Personen einreisen, die das Formular nicht ausgefüllt haben? Wie stellt der Bund sicher, dass die Einreisebestimmungen eingehalten werden?

Antwort

1. Alle in die Schweiz einreisenden Personen sind verpflichtet, das «Swiss Passenger Locator Form» vor Einreise auszufüllen. Von dieser Pflicht sind allerdings zahlreiche Personengruppen ausgenommen: Namentlich handelt es sich dabei um Durchreisende, Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Einreisende aus Grenzgebieten sowie um Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit grenzüberschreitend Güter oder Personen befördern. Zwischen dem 1. Oktober und dem 30. November 2021 wurden insgesamt 3'434'735 Einreiseformulare ausgefüllt.
2. und 3. Die Eidgenössische Zollverwaltung führt an der Grenze Stichproben durch. Eine systematische Kontrolle aller Einreisenden ist allerdings nicht möglich. Bei Nichteinhaltung der Vorgabe können die betroffenen Personen gebüsst sowie an den Aufenthaltskanton gemeldet werden.
Zwecks Sicherstellung der Einhaltung dieser Einreisebestimmung wird bundesseitig eine Informationskampagne auf der Webseite des Bundesamtes für Gesundheit und «Travelcheck» sowie auf Social-Media-Kanälen durchgeführt. Die relevanten Stakeholder aus der Reise- und Luftfahrtbranche informieren ihre Kunden ebenfalls entsprechend. Gleichzeitig stellt das Bundesamt für Gesundheit gemeinsam mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten sicher, dass die nötigen Informationen auch über die schweizerischen Botschaften und Konsulate im Ausland verbreitet werden.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8048 Feri Yvonne

Wie wird die Wahrnehmung der neuen Aufgabe des RAD sichergestellt?

Neu muss der RAD die funktionelle Leistungsfähigkeit der Versicherten festlegen, in qualitativer und quantitativer Hinsicht (Art. 49 Abs. 1^{bis} IVV). Dadurch wird die Aufhebung des leidensbedingten Abzugs kompensiert, sagt der Bundesrat im erläuternden Bericht zur IVV. Bedeutet dies, dass der RAD unter Umständen Abschlüsse bei der ärztlich bzw. gutachterlich attestierten Arbeitsfähigkeit machen muss und wenn ja, wie wird sichergestellt, dass der RAD diese Prüfung auch flächendeckend vornimmt?

Antwort

Grundsätzlich müssen die Sachverständigen die funktionelle Leistungsfähigkeit und deren Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit in ihre Abklärung bereits einbeziehen. Sollten von den Sachverständigen nicht alle Faktoren berücksichtigt worden sein, wird der regionale ärztliche Dienst mit den Sachverständigen Rücksprache nehmen, das Gutachten bei Bedarf ergänzen oder die Anpassungen selber vornehmen. Die Sicherstellung der flächendeckenden Prüfung durch den regionalen ärztlichen Dienst erfolgt über Weisungen und Schulungen.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8052 Molina

Rechtsgrundlage einer Impfpflicht gegen SARS-CoV-2

Zur Beendigung der Coronavirus-Pandemie ist eine fast vollständige Immunisierung aller Menschen durch eine Impfung der schnellste und sicherste Weg.

- Welche Überlegungen hat der Bundesrat zu einer allgemeinen Impfpflicht bzw. Impfbflicht gegen SARS-CoV-2 angestellt?

- Welchen Handlungsspielraum hat er gestützt auf das EpG?

- Unter welchen Voraussetzungen wäre er bereit, dem Parlament Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen zu beantragen?

- Welche Vor- bzw. Nachteile hätte eine Impfpflicht?

Antwort

Die Impfung gegen Sars-CoV-2 ist in der Schweiz freiwillig. Ein Impfbflicht ist nicht vorgesehen.

Das Epidemienengesetz sieht vor, dass die Kantone, bei Vorliegen einer erheblichen Gefahr, Impfungen von gefährdeten Bevölkerungsgruppen, von besonders exponierten Personen und von Personen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, für obligatorisch erklären können. Der Bund kann die Impfung für diese Gruppen gestützt auf das Epidemienengesetz ebenfalls für obligatorisch erklären. Diese Bundeskompetenz ist aber lediglich subsidiär.

Theoretisch könnte der Bundesrat in der ausserordentlichen Lage gemäss Epidemienengesetz auch ein Impfbflicht anordnen, falls dies geeignet und erforderlich wäre.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8061 Steinemann

Verwaltungsrechtlicher Vertrauensschutz für Zertifikate

Die Impfung nützt, hat jedoch in zeitlicher Hinsicht nicht die erhoffte Wirkung. Österreich hat in staatspolitisch fragwürdiger Weise rückwirkend die Gültigkeit verkürzt, in anderen Ländern steht dies zur Debatte.

Dem Grundsatz des Vertrauensschutzes zufolge, abgeleitet von Treu und Glauben, muss sich der Bürger auf Entscheide von Verwaltungsbehörden verlassen können. Können sich die Schweizerinnen und Schweizer auf die zugesicherte zeitliche Gültigkeit verlassen?

Antwort

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass der Schutz von geimpften Personen gegen Infektion und Transmission von Sars-CoV-2 mit der Zeit abnimmt. Bei älteren Personen schwächt sich zudem der Schutz gegen schwere Krankheitsverläufe ab. Aus diesem Grund empfehlen das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die Eidgenössische Kommission für Impffragen (EKIF) grundsätzlich allen Personen ab 16 Jahren eine Auffrischimpfung, sofern die Grundimmunisierung mindestens sechs Monate zurückliegt. Aufgrund des abnehmenden Schutzes nach der Impfung haben einige Länder die Gültigkeitsdauer des Impfzertifikates reduziert. In der Schweiz beträgt die Gültigkeitsdauer weiterhin ein Jahr. Der Bundesrat behält sich vor, auf bereits getroffene Entscheide zurückzukommen, sollten neue Erkenntnisse vorliegen. Diese Flexibilität wird von der Bevölkerung erwartet, denn sie ist die Voraussetzung für ein effizientes Krisenmanagement.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8062 Steinemann

Warum kennt man den Impfstatus von Covid-Patienten nicht?

Ein nicht unerheblicher Teil der vom BAG registrierten Corona-Hospitalisationen und -Todesfälle sind unter "Impfstatus unbekannt" klassiert. Welches sind die Gründe, dass man in der Schweiz von Personen, die aufgrund einer Corona-Infektion in Spitalpflege sind oder sterben, keine Informationen über deren Impfung hat?

Antwort

Der Impfstatus muss seit dem 27. Januar 2021 für hospitalisierte Fälle, Todesfälle sowie für Fälle in sozialmedizinischen Einrichtungen durch einen behandelnden Arzt oder eine behandelnde Ärztin erfasst und mittels des klinischen Befunds oder des klinischen Befunds nach Tod an das Bundesamt für Gesundheit gemeldet werden. Die Gründe, warum ein klinischer Befund nicht vollständig ausgefüllt wurde, sind dem BAG nicht im Detail bekannt. Ein möglicher Grund ist die sehr hohe Arbeitsbelastung der behandelnden Ärztinnen und Ärzte.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8063 Steinemann

Wie viele Tötungen von Frauen gehen auf häuslicher Gewalt zurück?

Nach BfS leitet sich häusliche Gewalt aus der Beziehung zwischen Opfer und Täter ab. Bis Oktober seien dieses Jahr in der Schweiz 25 Tötungen von Frauen begangen worden, heisst es in der Studie von Sotomo, im Auftrag der Dachorganisation der Frauenhäuser. Die Zahlen wurden vom privaten Rechercheprojekt «stopfemizid.ch» übernommen, die jedoch in der Erhebung auf Angaben zur Beziehung verzichtete. Wie viele der 25 Opfer waren mit dem Täter in einer Beziehung?
Wie viele Frauen waren Zufallsopfer?

Antwort

Von Seiten polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) können für das Jahr 2021 keine Zahlen publiziert werden, da die Erfassung der Daten für das Jahr 2021 noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahlen der PKS zu den Tötungsdelikten 2021 werden am 28. März 2022 veröffentlicht.

Im Jahr 2020 wurden 20 Frauen (mehr als 18 Jahre alt) Opfer eines vollendenden Tötungsdelikts, davon wurden 14 Frauen im häuslichen Bereich getötet. Bei 11 der 14 im Jahr 2020 registrierten Todesopfer handelte es sich um Frauen, die in einer aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft getötet wurden (Durchschnitt 2009-2019: 14 Frauen). 6 Frauen wurden im ausserhäuslichen Bereich getötet.

In der PKS bestehen keine Informationen zu den Umständen der Tötungsdelikte, weshalb keine Aussagen möglich sind, ob es sich bei den Opfern um Zufallsopfer handelt.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8074 Gysi Barbara

Was bedeutet die neue Aufgabe des RAD in Art. 49 Abs. 1^{bis} IVV?

Mit Art. 49 Abs. 1^{bis} IVV haben die RADs neu die Aufgabe, die funktionelle Leistungsfähigkeit der versicherten Person in qualitativer und quantitativer Hinsicht festzulegen. Gemäss den Erläuterungen wird damit ein Teil des per 1.1.2022 aufgehobenen leidsbedingten Abzugs kompensiert. Ist mit der Festlegung der funktionellen Leistungsfähigkeit auch die Frage der Verwertbarkeit im Arbeitsmarkt gemeint? Kann der Bundesrat hierzu ein Beispiel machen?

Antwort

Der leidsbedingte Abzug wird neu im Gegensatz zur bisherigen Praxis bereits am Anfang der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit berücksichtigt.

Braucht beispielsweise eine versicherte Person in angepasster Tätigkeit pro Stunde 15 Minuten Pause, ist ihre Arbeitsfähigkeit um ein Viertel reduziert. Auf eine Arbeitszeit von 8 Stunden braucht sie also 2 Stunden Pause, womit eine Arbeitsfähigkeit von 75% resultieren würde. Von der festgelegten funktionellen Leistungsfähigkeit kann nicht direkt die Verwertbarkeit im Arbeitsmarkt abgeleitet werden, weil mit der funktionellen Leistungsfähigkeit nur ein Teil der Invaliditätsbemessung abgedeckt wird.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8075 Birrer-Heimo Doppelte Abrechnung von Leistungen KVG/UVG

Der Stiftung für Konsumentenschutz wurden Fälle von Patientenseite gemeldet, bei denen Leistungen doppelt abgerechnet wurden. Obwohl nur einmalig eine Leistung erbracht wurde, haben Leistungserbringer diese sowohl über die Unfall- als auch über die Krankenversicherung abgerechnet.

Ist es zulässig, eine Leistung doppelt zum einen über das KVG und zum anderen über das UVG abzurechnen?

Antwort

Es ist nicht zulässig, Leistungen doppelt sowohl zulasten der sozialen Krankenversicherung wie auch der Unfallversicherung in Rechnung zu stellen. Die Leistungserbringer oder die Versicherten dürfen durch Leistungen der Krankenversicherung oder durch deren Zusammentreffen mit den Leistungen anderer Sozialversicherungen nicht überentschädigt werden.

Begründet ein Versicherungsfall einen Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen, ist aber zweifelhaft, ob die Unfallversicherung oder die Krankenversicherung leistungspflichtig ist, so ist die Krankenversicherung für Sachleistungen und Taggelder vorleistungspflichtig unter voller Wahrung ihrer Rückerstattungsrechte. Wenn ein Krankenversicherer oder ein Unfallversicherer Kenntnis davon erhält, dass eine Leistung doppelt abgerechnet wurde, kann er die zu Unrecht vergüteten Leistungen zurückfordern. Leistungserbringer, die eine erbrachte Leistung wissentlich doppelt sowohl zulasten der Unfallversicherung als auch der Krankenversicherung in Rechnung stellen, machen sich strafbar.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8079 Weichelt

Umsetzung nach Annahme der Pflegeinitiative durch den Bundesrat

Die vom Volk und den Ständen angenommene Pflegeinitiative sieht in den Übergangsbestimmungen vor, dass der Bundesrat innerhalb von achtzehn Monaten nach Annahme von Artikel 117c durch Volk und Stände wirksame Massnahmen zur Behebung des Mangels an diplomierten Pflegefachpersonen trifft. Wann und wie wird der Bundesrat diesen Volkswillen umsetzen?

Antwort

Der Bundesrat anerkennt den raschen Handlungsbedarf im Bereich der Pflege. Aus diesem Grund hat er den vom Parlament verabschiedeten indirekten Gegenvorschlag unterstützt, welcher unter anderem eine Ausbildungsoffensive vorgesehen hätte und bei einer Ablehnung der Initiative in Kraft getreten wäre.

Die in den Übergangsbestimmungen der Initiative genannte Frist von 18 Monaten bezieht sich auf Massnahmen, welche der Bundesrat auf bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen ergreifen kann.

Der Bundesrat wird im Januar 2022 eine erste Aussprache über die Umsetzung der Pflegeinitiative führen.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8081 Gutjahr

Fehlende Harmonisierung ermöglicht mehrfach Bezug von finanzieller Kinderunterstützung

Wie stellt sich der Bundesrat dazu, dass bei Bezug von z.B. EO-, UVG-Taggeldern oder Kinderrenten und gleichzeitiger Erwerbstätigkeit, Gelder für das selbe Kind mehrfach ausgezahlt werden? Was unternimmt er dagegen? EOG Art. 6 regelt die Kinderzulagen für Dienstleistende. FamZG Art. 13 regelt die Familienzulagen für Erwerbstätige und AHVG Art. 22ter regelt die Kinderrente der AHV und IV. In allen Fällen gibt es keine weitergehende Koordination, was zu Mehrfachbezügen von Geldleistungen führt.

Antwort

Auf EO-Kinderzulagen haben Personen einen Anspruch, die Militär-, Zivilschutz- oder Zivildienst leisten und Kinder unter 18 Jahren haben. Auf ein UV-Taggeld besteht infolge eines Unfalls und einer damit einhergehenden vollen oder teilweisen Arbeitsunfähigkeit ein Anspruch. Ein Zusammenfallen von EO- und UVG-Kinderzulagen ist daher nicht möglich. Hat eine dienstleistende Person einen Unfall, kommt nicht die Unfall-, sondern die Militärversicherung zum Zug, die der EO vorgeht. Ein Anspruch auf eine Kinderrente der AHV oder IV besteht nur beim Bezug einer Rente und sofern das Kind im Falle des Todes der versicherten Person eine Waisenrente beanspruchen könnte. Auch ein Zusammenfallen von AHV- oder IV-Kinderrenten und Familienzulagen ist daher grundsätzlich nicht möglich.

Einzig bei IV-Teilrentenbeziehenden oder bei gewissen Erwerbstätigen im Rentenalter könnte ein gleichzeitiger Bezug von Kinderrente und Familienzulagen in Betracht kommen. Dies rechtfertigt sich aber mit dem unterschiedlichen Zweck dieser beiden Leistungen. Zwar dienen beide Leistungen dem Unterhalt des Kindes, im Gegensatz zu den Familienzulagen soll jedoch die Kinderrente der Erleichterung der Unterhaltspflicht des invalid gewordenen oder im AHV-Alter stehenden Unterhaltsschuldners dienen und dessen durch Alter oder Invalidität bedingte Einkommenseinbusse ausgleichen.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8084 Moret Isabelle

Etude sur le profil des personnes non vaccinées contre la Covid-19, les raisons pour lesquelles elles ne se font pas vacciner et les réponses à apporter à leurs doutes

Pour pouvoir convaincre les personnes hésitantes à se faire vacciner, il faut connaître exactement non seulement leur profil mais surtout leurs questionnements ou raisons pour pouvoir y apporter une réponse appropriée plus ciblée.

- Le Conseil fédéral dispose-t-il d'une telle étude ? Par qui a-t-elle été établie et comment ? Comment est-elle mise à jour ?
- Cette étude permet-elle de mieux cibler l'effort de conviction en fonction des raisons invoquées par les personnes non vaccinées ?

Réponse

Le Conseil fédéral dispose de plusieurs monitorings réguliers et d'études ponctuelles concernant les caractéristiques socio-démographiques et les motifs de personnes hésitantes face à la vaccination Covid-19 :

L'étude Corona Immunitas, co-financée par l'Office Fédéral de la Santé Publique (OFSP), recense mensuellement l'accord à des énoncés en faveur et contre la vaccination auprès de personnes non vaccinées. Un recensement similaire est effectué dans le cadre de l'évaluation de la campagne Covid-19 de l'OFSP. Finalement, le SRG Monitor donne également certains renseignements quant aux caractéristiques et aux motivations de personnes non encore vaccinées contre la Covid-19.

Quant aux études ponctuelles, une telle a été mandatée auprès du bureau Leewas par l'OFSP en amont de l'offensive de vaccination pour mieux comprendre les caractéristiques et raisonnements de personnes non vaccinées. Finalement, une étude qualitative de l'Università della Svizzera italiana étudie les processus décisionnels autour du vaccin Covid-19 de personnel de la santé, et, dans un deuxième volet, soutenu par l'OFSP, de personnes travaillant dans le milieu scolaire.

Les conclusions tirées de ces diverses études sont continuellement prises en compte dans le développement des campagnes et de la communication de l'OFSP et ont été mises à disposition des cantons dans le cadre de l'offensive de vaccination.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8087 Rechsteiner Thomas

Höheres Rentenalter: Mut des Bundesrates nicht erkennbar

Am 24. Nov. 2021 hat der Bundesrat die Volksinitiative der Jungfreisinnigen, die eine Verknüpfung von Lebenserwartung und Rentenalter vorsieht, ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

1. Ist dem Bundesrat nicht bewusst, dass die AHV ohne eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters nicht nachhaltig saniert werden kann?
2. Warum lehnen selbst die bürgerlichen Bundesräte die Volksinitiative und auch einen Gegenvorschlag ab?

Antwort

1./2. Der erfolgreiche Abschluss der Reform AHV 21, die derzeit im Parlament diskutiert wird und die Finanzierung der AHV bis 2030 sicherstellt, ist für den Bundesrat prioritär. Er will entsprechend gegenwärtig keine zur AHV 21 im Widerspruch stehenden Vorhaben angehen. Allerdings ist sich der Bundesrat bewusst und hat bereits mehrmals anerkannt, dass danach weitere Reformschritte folgen müssen.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8089 Rechsteiner Thomas Will der Bund die Mutter abschaffen?

Gemäss einem Artikel der Berner Zeitung vom 1. November 2021 soll die nationale Ethikkommission ausgehend von Entwicklungen aus den USA einen Bericht über Genderfragen verfassen, der auch die Abschaffung des Begriffs „Mutter“ zur Diskussion stellt.

1. Muss jeder Unsinn aus den USA übernommen werden?
2. Hat unsere Ethikkommission wirklich den Auftrag, einen Bericht zu erstellen, ob anstelle von „schwangeren Frauen“ von „schwangeren Menschen“ gesprochen wird?
3. Wie rechtfertigt der BR dies?

Antwort

Die Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin (NEK) hat am 8. Dezember 2020 eine Stellungnahme mit dem Titel «Die amtliche Registrierung des Geschlechts – Ethische Erwägungen zum Umgang mit dem Geschlechtseintrag im Personenstandsregister» veröffentlicht. Im Auftrag des Bundesamts für Justiz äussert sie sich aus ethischer und rechtlicher Sicht zu unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Registrierung des amtlichen Geschlechts. Dabei war sie unter anderem aufgefordert, sich zur allgemeinen Abschaffung jeglicher amtlichen Registrierung des Geschlechts und zur Schaffung neuer Geschlechtskategorien zu äussern. Dieser Auftrag an die NEK steht in Zusammenhang mit der Erarbeitung des Berichts in Beantwortung der vom Nationalrat am 17. September 2018 überwiesenen Postulate Arslan (17.4121) und Ruiz (17.4185). In ihrer Stellungnahme spricht sich die NEK für die Einführung einer dritten Geschlechtskategorie aus und empfiehlt, eine vertiefte Prüfung der allgemeinen Abschaffung des Geschlechtseintrags zu erwägen.

Die Kommission befasste sich folglich lediglich mit der Frage, inwieweit die rechtlichen Kategorien Mann und Frau für die amtliche Registrierung zwingend sind. Sie empfiehlt weder die Abschaffung des Begriffs «Mutter» noch äussert sie sich zur Bezeichnung «schwangere Frau».



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8091 Weichelt

Tabellenlöhne der IV: wird tatsächlich mit Löhnen bis zu CHF 13 739 für niedrigstes Kompetenzniveau gerechnet?

Trotz viel Kritik hat der Bundesrat jüngst die Verwendung der LSE-Löhne für die Berechnung des IV-Grads in der Verordnung zementiert. Diese basieren auf Medianlöhnen in den Branchen. Männer sollen demnach bei Versicherungen in tiefster Kompetenzstufe monatlich CHF 13739 verdienen, in der Informations- und Kommunikationsbranche 8241. Geht der Bundesrat davon aus, dass solche Branchenmedianlöhne für Menschen mit Behinderungen sinnvollerweise beim Vergleich mitberücksichtigt werden können?

Antwort

Wenn bei der Bemessung des Invaliditätsgrades kein konkretes Einkommen vorliegt, so greift die Invalidenversicherung auf lohnstatistische Angaben zurück und geht davon aus, dass der versicherten Person der gesamte Arbeitsmarkt offensteht. Die Invalidenversicherung verwendet deshalb auf dem tiefsten Kompetenzniveau das Total über alle Wirtschaftszweige in der Höhe von 5417 Franken für Männer beziehungsweise 4371 Franken für Frauen und berücksichtigt nicht die Zahlen der genannten spezifischen Branchen.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8092 Geissbühler Kritische Äusserungen betreffend politischem Islam; kaum noch möglich!

Aus Angst in der Öffentlichkeit der Islamophobie bezichtigt zu werden, werden Fakten wie Intoleranz, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit des politischen Islams nicht thematisiert.

1. Was gedenkt der BR zu unternehmen, damit unsere abendländische Kultur vor dem Einfluss des politischen Islam geschützt wird und keine Parallelgesellschaften in der CH entstehen?
2. Ist sich der BR bewusst, dass z.B. an den Schulen eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam praktisch unmöglich geworden ist?

Antwort

1. In der Schweiz gilt die Religionsfreiheit gemäss Art. 15 BV. Gleichermassen haben sich alle in der Schweiz befindenden Personen sowie auch alle Religionsgemeinschaften an das geltende Recht von Bund und Kantonen zu halten.
2. Das Schulwesen liegt gemäss Art. 62 Abs. 1 BV im Kompetenzbereich der Kantone. Als staatliche Institutionen sind öffentliche Schulen der religiösen Neutralität verpflichtet. Gesellschaftsrelevante Themen sowie Grundrechtsgarantien und Menschenrechte, ihre Umsetzung und ihre Schranken sind im Lehrplan21 vorgesehen und werden entsprechend im Schulunterricht behandelt.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8093 Geissbühler Corona 19: Transparenz schafft vertrauen

1. Wie viele Prozente der Bevölkerung sind genesen?
2. Warum werden die Genesenen nicht zu den Geimpften hinzugezählt?
3. Wie viele Impfungen von Moderna und wie viele von Pfizer wurden bestellt (pro Einwohner/-in) und wie viele verimpft?
4. Wann sind die Verbrauchsdaten von wie vielen Impfungen abgelaufen?

Antwort

1. Zum Prozentsatz der Genesenen kann der Bundesrat keine verlässlichen Aussagen machen, da die entsprechenden Daten nicht systematisch erfasst werden.
2. In seinen Szenarien berücksichtigt der Bundesrat den gesamthaften Anteil immuner Personen in der Bevölkerung in der Immunitätsrate, die sich aus dem Durchimpfungsgrad und dem Immunitätsgrad aufgrund durchgemachter Erkrankung zusammensetzt.
3. Bisher hat der Bund mit Moderna Verträge über 13.5 Millionen Impfdosen für das Jahr 2021 und 7 Millionen Impfdosen für das Jahr 2022 sowie mit Pfizer/BioNTech über rund 6 Millionen Impfdosen für das Jahr 2021 und je 7 Millionen Impfdosen für die Jahre 2022 und 2023 abgeschlossen. Dies ergibt aktuell insgesamt 40.5 Millionen Impfdosen über die Jahre 2021-2023, was bei einer Gesamtbevölkerungszahl von rund 8.7 Mio. Personen einem Durchschnittswert von rund 4.67 Impfdosen pro Kopf entspricht. Der Bundesrat hat diese Beschaffungsmengen festgelegt, damit die Schweiz rasch Zugang zu Impfstoff hat, der auf allfällige neue Virusvarianten angepasst ist. Stand 30. November 2021 wurden rund 7.7 Millionen Impfdosen von Moderna und 4.2 Mio. von Pfizer/BioNTech verabreicht.
4. Im Lager der Logistikbasis der Armee haben bisher keine Impfdosen das Verfalldatum erreicht. Das nächste anstehende Verfalldatum bei Moderna ist anfangs Februar 2022 und betrifft weniger als 4000 Impfdosen. Bei Pfizer liegt das nächste Verfalldatum Ende April 2022 und betrifft rund 100'000 Impfdosen. Der Lagerbestand wird fortlaufend geprüft und der sich ändernden Impfstoffnachfrage angepasst.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8096 Arslan

Die neue Coronavirus-Variante verbreitet sich in ärmeren Ländern des südlichen Afrikas – Zeit für mehr Solidarität

Es ist alt bekannt, dass viele ärmere Länder nicht mit genügend Impfstoff versorgt wurden. Wäre die Versorgung in Afrika so rasch wie in Europa vorangeschritten, würde sich die Verbreitung der Mutation erschweren.

Was unternimmt der Bundesrat, damit in ärmeren Ländern genügend Impfstoff zur Verfügung gestellt wird? Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Impfung erhöht wird? Engagiert sich die offizielle Schweiz für einen Fonds für ärmere Länder?

Antwort

Seit Beginn der Krise setzt sich die Schweiz für eine globale Lösung zur gerechten Verteilung der Impfstoffe gegen COVID-19 ein. Sie tut dies insbesondere durch umfangreiche Unterstützungen der COVAX-Initiative, welche die Entwicklung, die Produktion und insbesondere die faire Verteilung der Impfstoffe gegen COVID-19 zum Ziel hat. Die Schweiz hat den COVAX Advance Market Commitment, der fokussiert den Zugang zu Impfstoffen von Staaten mit niedrigem Einkommen fördert, mit bisher 145 Millionen Franken unterstützt und Beiträge an weitere Organisationen wie Coalition for Epidemic Preparedness Innovations geleistet. Der Bundesrat hat zudem entschieden, insgesamt 4 Millionen Impfdosen des Herstellers AstraZeneca an COVAX zu spenden. Ferner hat die Schweiz ein sogenanntes Queue Swapping vereinbart, womit eine Million Moderna-Impfdosen zuerst an COVAX geliefert werden und erst zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf an die Schweiz. Zusätzliche Weitergaben von nicht benötigtem Impfstoff werden fortlaufend geprüft. Ebenso setzt sich die Schweiz für die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung ein. Dazu gehören auch sachliche und transparente Informationen über Impfstoffe.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8102 Crottaz

Le Conseil fédéral est-il prêt à agir pour corriger les dysfonctionnements de l'AI, ce système auquel nous contribuons toutes et tous par nos cotisations ?

Deux expertises du bureau BASS et du professeur Gächter ont mis en évidence d'importantes faiblesses dans l'évaluation du taux d'invalidité. L'accès à des prestations comme le reclassement et surtout aux rentes est ainsi rendu très difficile, notamment pour les personnes à bas et moyens revenus. Temps présent a montré des destins individuels bouleversants provoqués par cette problématique. Le Conseil fédéral connaît-il ces expertises et l'émission? Est-il est prêt à prévoir des améliorations?

Réponse

Le Conseil fédéral a connaissance de ces expertises ainsi que de l'émission. La méthode d'évaluation de l'invalidité telle que prévue par le Développement continu de l'AI prévoit une amélioration de la pratique actuelle ainsi qu'un développement de celle-ci sur plusieurs points. Le Conseil fédéral a décidé de charger l'Office fédéral des assurances sociales d'examiner la possibilité de développer de nouvelles bases pour l'évaluation de l'invalidité. Dans ces travaux, les expertises du bureau BASS et du professeur Gächter seront également prises en considération.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8104 Moret Isabelle

Former des jeunes pour convaincre d'autres jeunes de se faire vacciner contre la COVID-19

Les jeunes forment la tranche d'âge de la population suisse qui est la moins vaccinée contre la COVID-19. L'OFSP a tenté de les cibler par des vidéos.

Ne serait-il pas plus judicieux de former des jeunes à argumenter sur le plan épidémiologique, médical et psychologique afin qu'ils puissent convaincre leurs pairs de se faire vacciner ?

Réponse

Pour augmenter le taux de vaccination des jeunes, il est important d'utiliser différentes approches et divers supports. En plus des vidéos publiées sur les réseaux sociaux, une feuille d'information pour les jeunes sur le vaccin a été élaborée.

De plus, dans le contexte de la semaine de vaccination, l'OFSP a organisé pour les jeunes en collaboration avec 147.ch/Pro Juventute, des Live-Insta-Talks avec des experts. Les jeunes ont été invités à envoyer des questions à 147.ch au préalable et ont également pu discuter de leurs préoccupations par le biais d'un chat Instagram.

Les expériences faites dans le cadre des différentes mesures ont montré que les jeunes ont des questions spécifiques concernant le vaccin. Pour y répondre, de l'information spécialisée et fiable est nécessaire. D'autre part, il faut que les messages atteignent les jeunes et aient pour effet qu'ils se sentent concernés. C'est ici que la communication peer-to-peer peut jouer un rôle important.

La coopération avec des partenaires qui ont des liens établis avec le public jeune (par exemple Pro Juventute, l'animation socioculturelle, le conseil suisse des activités de jeunesse) est centrale dans la diffusion des messages. L'OFSP est en contact étroit avec ces organisations.



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8009 Amaudruz

Premier bilan de la nouvelle loi fédérale sur les marchés publics (LMP) sur les entreprises suisses

Depuis l'entrée en vigueur de la LMP au 1er janvier 2021, le Conseil fédéral dispose-t-il de données démontrant une plus grande réussite des entreprises suisses lorsqu'il s'agit de décrocher des marchés publics?

Réponse

Ein erster Hinweis zur gestellten Frage ergibt sich aus den vom BBL in diesem Jahr publizierten Zuschlügen: danach hat sich der Anteil der Zuschlüge an Unternehmen in der Schweiz im Vergleich zum letzten Jahr um 0.2 % erhöht und beträgt aktuell 94.4 %.

Im Rahmen der jährlichen Berichterstattung zu den Beschaffungen im Jahr 2021 werden nächstes Jahr Zahlen zur Verfügung stehen, die weitere Aussagen zur gestellten Frage ermöglichen werden.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8012 Guggisberg

Rechtsschutzversicherungsvertrag: Anpassungsbedarf bei der Wahl eines Rechtsvertreters oder einer Rechtsvertreterin?

Ist die in der Praxis vorkommende Bestimmung in Rechtsschutzversicherungsverträgen, wonach die «drei anderen Personen» gemäss Art. 167 Abs. 2 AVO in unterschiedlichen Anwaltskanzleien tätig sein müssen, nach Ansicht des Bundesrates mit dem Wortlaut von Art. 167 Abs. 2 AVO i.V.m. Art. 12 lit. b BGFA vereinbar? Falls nein: Ist eine Präzision von Art. 167 Abs. 2 AVO notwendig, um die Unzulässigkeit dieser Praxis zu klären?

Antwort

Die aufgeworfene Frage ist nicht vom Bundesrat, sondern von den für die Auslegung zuständigen Zivilgerichten nach den konkreten Umständen im Anwendungsfall zu entscheiden. Der Verwaltung ist ferner nicht bekannt, dass die Anwendung der Bestimmung in der Praxis zu grösseren Problemen geführt hätte.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8058 Regazzi Globale Lieferengpässe abfedern

Viele Unternehmen haben keine Lagerbestände mehr, so dass sie beim Jahresabschluss die Steuerreserve von 33% auflösen müssen, welche sie im Folgejahr, wenn sich die Lage wieder normalisiert hat, wieder aufstocken. Dies führt dazu, dass der Gewinn für 2021 massiv erhöht und im Folgejahr mit den entsprechenden Steueränderungen wieder reduziert wird. Ist es für die Eidgenössische Steuerverwaltung und für die SSK möglich, für das Jahr 2021 eine Lösung zu finden, welchen diesen Effekt abfedert?

Antwort

Die Besteuerung der Gewinne der Unternehmen knüpft am handelsrechtlichen Ergebnis an (Massgeblichkeitsprinzip). Von diesem kann nur abgewichen werden, wenn das Steuerrecht eine dazu notwendige Gesetzesbestimmung kennt. Auf Lagerbeständen wird gestützt auf das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer DBG steuerlich eine privilegierte Warenreserve, eine Rückstellung, von 33% auf dem Einstandswert gewährt, sofern diese gebucht wurde. Dies ohne detaillierten Nachweis einer effektiven Werteinbusse. Ebenfalls gemäss DBG sind jedoch nicht mehr begründete Rückstellungen zum steuerbaren Ergebnis hinzuzurechnen. Sind keine Lagerbestände mehr vorhanden oder verringert sich der Warenwert, muss aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen die Rückstellung steuerlich zwingend aufgelöst werden. Für eine andere steuerliche Behandlung der Rückstellungsauflösung bleibt aufgrund der klaren gesetzlichen Vorgaben kein Raum. Dies gilt auf Grund der Regelung, wie sie das Steuerharmonisierungsgesetz vorsieht, auch für die Kantone.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8076 Schneeberger Fahrplan der Umsetzung von «Basel III Final»

Die Umsetzung der finalen Basel-III-Regeln soll nach den Plänen der EU erst per 2025 erfolgen, zwei Jahre später als geplant. Die USA und UK haben noch gar keine Umsetzungsentwürfe publiziert. Will der Bundesrat den Fahrplan der Schweiz ebenfalls anpassen und die Inkraftsetzung entsprechend auf 2025 verschieben? Falls nein, warum nicht? Wie will er ein Level Playing Field gegenüber dem Ausland sicherstellen?

Antwort

Ziel des Bundesrats ist es Basel III final zeitnah und unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen umzusetzen. Gemäss aktueller Projektplanung und unter Berücksichtigung einer mindestens einjährigen Einführungsfrist ist in der Schweiz ein Inkrafttreten im Laufe des Jahres 2024 vorgesehen.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8078 Grüter

Umsetzung von «Basel III Final»: Kein Swiss Finish im Hypothekarmarkt

Wie kürzlich bekannt wurde, plant die EU — im Unterschied zur Schweiz — bei der Umsetzung von «Basel III Final» keine Verknüpfung von Tragbarkeit von Hypothekendarlehen und Eigenmittelanforderungen der Banken. Ist der BR angesichts der EU-Umsetzung bereit, ebenfalls auf eine solche Verknüpfung zu verzichten? Falls nein, mit welcher Begründung? Wie beurteilt er die geplante EU-Umsetzung mit Blick auf Basel-Konformität?

Antwort

Der Bundesrat ist dabei, eine Vorlage auszuarbeiten, die in diesem Bereich eine pragmatische Lösung vorsieht. Dies ist auch den Banken bekannt.

Was die Umsetzung in der EU betrifft, ist es nicht am Bundesrat, deren Basel-Konformität zu beurteilen. In der letzten Prüfung wurde die Umsetzung in der EU durch den Basler Ausschuss als «materially non-compliant» bewertet.

Im gemeinsamen Eckwertepapier haben sich Bund, Banken, Finma und SNB auf das Ziel geeinigt, Basel III-compliant zu sein (largely compliant).



Heure des questions du 6 décembre 2021

Question 21.8082 Hurni

Quelle est la position du Conseil fédéral sur la consultation du GAFI

Le GAFI a mis en consultation jusqu'au 3 décembre 2021 une modification de la recommandation 24. Quelle est la position du Conseil fédéral sur cette modification et a-t-il consulté les commissions parlementaires responsables de ces questions?

Réponse

Der Bundesrat hat die zuständigen Kommissionen gemäss Art. 152 Parlamentsgesetz über die Revision der Empfehlung 24 der Financial Action Taskforce informiert und konsultiert. Die APK wurde am 11. und 18. Januar 2021 und die RK am 15. und 29. Januar 2021 über die Verhandlungsrichtlinien der Schweiz konsultiert. Die Schweizer Position wurde gestützt auf diese Konsultationen vom Bundesrat im Mai 2021 genehmigt und orientiert sich u.a. an folgenden Eckwerten:

- Der internationale Standard muss nicht grundlegend überarbeitet werden, kann jedoch für die bessere globale Umsetzung noch präzisiert werden.
- Der Standard soll genügend Flexibilität ermöglichen, damit die Regeln effizient umgesetzt werden können.
- Die administrativen Kosten sowie der Aufwand sollen verhältnismässig sein.
- Die verschiedenen Risikoprofile von den betroffenen Gesellschaften sowie die legitimen Interessen aller betroffenen Akteure sind zu beachten.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8088 Rechsteiner Thomas

Tiefe Eigenheimquote: welche Folgen hat «Basel III Final»?

Eine aktuelle Studie einer Bankengruppe zum Immobilienmarkt kommt zum Schluss, dass die tiefe Eigenheimquote in der Schweiz weiter sinkt. Ein gewichtiger Grund seien die strengen regulatorischen Vorgaben für Banken. Mit der Umsetzung von «Basel III Final» sollen die Vorgaben noch mehr und im Vergleich zur EU sogar noch weitergehend verschärft werden. Damit dürfte die Eigenheimquote noch stärker sinken. Ist der Bundesrat gewillt diese Entwicklung hinzunehmen oder was gedenkt er dagegen zu tun?

Antwort

Gemäss den aktuell vorliegenden Schätzungen geht der Bundesrat davon aus, dass die Eigenmittelerfordernisse im Bereich der selbstgenutzten Wohnliegenschaften aufgrund von Basel III final in der Schweiz nicht ansteigen werden. Im Übrigen sieht der Bundesrat die grösste Herausforderung beim Erwerb von Wohneigentum in der rasanten Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt, welche in keinem Zusammenhang mit der Umsetzung von Basel III final steht.



Fragestunde vom 6. Dezember 2021

Frage 21.8098 Badertscher Finanzmarktstrategie - Menschenrechte?

Die Schweizer Finanzmarktstrategie vom Dezember 2020 hat zum Ziel, den Schweizer Finanzmarkt zu einem Vorreiter für nachhaltige Finanzdienstleistungen zu machen. Der Fokus wurde dabei vorerst auf Umweltaspekten gelegt. Die Menschenrechte dürfen bei den Nachhaltigkeitsaspekten nicht ausgeklammert werden. Gibt es nun, ein Jahr später, Bemühungen die Finanzmarktstrategie um die soziale Aspekte zu erweitern?

Antwort

Das SIF berücksichtigt in seinen Sustainable Finance Arbeiten, trotz Fokus auf Klima, grundsätzlich alle ESG-Themen. Da die Schweiz im Klimabereich mit dem Übereinkommen von Paris Verpflichtungen für den Finanzmarkt eingegangen ist, liegt initial ein Fokus auf Klimawirkungen. Wenn geeignete Methoden verfügbar sind, können die Arbeiten auch auf weitere relevante Bereiche im Sinne der Agenda 2030, wie Biodiversität und soziale Fragen, ausgeweitet werden.

2021.7995

Frage Molina
Question Molina

Wer schützt die Mitglieder des Bundesparlaments vor Cyber-Angriffen?

Text der Frage vom 29. November 2021

Gemäss der Anfang 2021 in Kraft getretenen revidierten VSB ist Fedpol für die Sicherheit der Mitglieder der Bundesversammlung zuständig. In der VSB ist aber nur von Personen und Gebäuden in Bundesverantwortung die Rede. IT-Systeme sind nicht erwähnt.

- Hat das EJPD die Cyber-Sicherheit vergessen?
- Wer ist für die IT-Sicherheit der Parlamentsmitglieder zuständig?
- Führt Fedpol eine Statistik über Cyber-Angriffe auf Ratsmitglieder?
- Welche Massnahmen ihrem Schutz wurden getroffen?

Qui protège les élus du Parlement fédéral contre les cyber-attaques ?

Texte de la question du 29 novembre 2021

Selon l'ordonnance révisée sur la protection des personnes et des bâtiments relevant de la compétence fédérale (OPF), qui est entrée en vigueur au début 2021, c'est Fedpol qui assure la sécurité des membres de l'Assemblée fédérale. Or, il est uniquement question dans l'OPF des personnes et des bâtiments relevant de la compétence fédérale, les systèmes informatiques n'étant pas mentionnés.

D'où mes questions :

- Le DFJP a-t-il oublié la cybersécurité ?
- Qui est responsable de la sécurité informatique des membres du Parlement ?
- Fedpol tient-il des statistiques sur les cyberattaques visant les députés ?
- Quelles mesures de protection ont-elles été prises ?

Antwort des Büros und des EJPD vom 6. Dezember 2021

Die IT des Parlaments ist Teil des geschützten Bundesnetzwerks. Dieses wird durch Swisscom rund um die Uhr überwacht. Bei einem Cyberangriff werden die Parlamentsdienste unverzüglich alarmiert. Sie können zur Unterstützung weitere Fachspezialisten beiziehen.

1. Die Verordnung über die digitale Transformation und die Informatik sowie die Cyber-risikenverordnung regeln die Zuständigkeiten bei Cybervorfällen in der Bundesverwaltung und die entsprechenden Prozesse im Detail. Insbesondere sehen diese Verordnungen vor, dass die jeweiligen Organisationseinheiten für die Bewältigung derjenigen Cybervorfälle zuständig sind, die sich gegen ihre Informatikschutzobjekte richten. Für die Cybersicherheit der Parlamentsmitglieder sind demnach die Parlamentsdienste verantwortlich. Das Nationale

Zentrum für Cybersicherheit NCSC im Eidgenössischen Finanzdepartement unterstützt die von Cyberfällen betroffenen Behörden inkl. die Parlamentsdienste.

2. Gemäss Artikel 27 Absatz 1^{bis} der Parlamentsverwaltungsverordnung¹ ernennt die Verwaltungsdelegation eine Sicherheitsbeauftragte oder einen Sicherheitsbeauftragten der Bundesversammlung. Diese oder dieser ist in allen Bereichen der Sicherheit zuständig für die Planung und die Organisation von Schutzmassnahmen für Ratsmitglieder und Mitarbeitende der Parlamentsdienste. Sie oder er wird unterstützt durch die oder den IT Sicherheitsbeauftragten der Parlamentsdienste und arbeitet eng zusammen mit weiteren Bundesstellen, insbesondere dem nationalen Center für Cybersicherheit NCSC.

Wenn Parlamentsmitglieder fedpol einen Cyber-Angriff melden, berät fedpol die betroffene Person und koordiniert allfällige Massnahmen mit den Parlamentsdiensten und mit dem NCSC. Ist eine eingehende Meldung mit einer Drohung verbunden, nimmt fedpol eine Gefährdungseinschätzung vor und ordnet bei Bedarf Schutzmassnahmen an. Liegt eine strafrechtliche Relevanz vor, leitet fedpol die Informationen an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weiter und kann mit Ermittlungen beauftragt werden.

3. Die Parlamentsdienste kennen die Fälle, die ihnen gemeldet werden. 2020 waren dies 30, davon 5 bedeutend, 2021 bisher 31, davon 6 bedeutend. Fedpol führt keine Statistik über Cyber-Angriffe auf Parlamentsmitglieder.
4. Neben den allgemeinen für das IT Netzwerk (z.B. Zwei-Faktor-Authentisierung auf Parlnet) gibt es weitere Schutzmassnahmen wie Antivirus-Programme oder Verschlüsselungsmöglichkeiten für die einzelnen Ratsmitglieder. Die Parlamentsdienste lassen die Infrastruktur regelmässig durch externe Spezialisten auditieren. Gefundene Schwachstellen werden behoben. Bezieht ein Ratsmitglied ein Standard-Gerät der Parlamentsdienste, sind auf diesem Grundschutzmassnahmen installiert und aktiv. Dies gilt solange Ratsmitglieder diese Massnahmen einhalten. Ratsmitglieder, welche die Kredit-Variante nutzen sind selber verantwortlich für die IT Sicherheit ihrer Geräte. Neben allen technischen Mitteln steht der Mensch nach wie vor im Mittelpunkt. Die Parlamentsdienste sensibilisieren und beraten deshalb regelmässig die Ratsmitglieder (siehe Wegweiser «Bedrohung, Belästigung, Beschimpfung: ein Wegweiser für die Ratsmitglieder»).

Réponse du bureau et du DFJP du 6 décembre 2021

L'informatique du Parlement fait partie intégrante du réseau de la Confédération, lequel est surveillé par Swisscom 24 heures sur 24. En cas de cyberattaque, les Services du Parlement sont immédiatement alertés ; ils peuvent alors faire appel à d'autres spécialistes pour les soutenir si nécessaire.

1. L'ordonnance sur la transformation numérique et l'informatique ainsi que l'ordonnance sur les cyberrisques règlent en détail les compétences en cas de cyberincident survenant au sein de l'administration fédérale et les processus à suivre. Elles prévoient notamment que les unités organisationnelles gèrent tout cyberincident touchant leurs objets informatiques à protéger. Dans ces conditions, la cybersécurité des députés incombe aux Services du Parlement. Le Centre national pour la cybersécurité (NCSC), rattaché au Département fédéral des finances, soutient les autorités victimes de cyberincident, y compris les Services du Parlement.
2. L'art. 27, al. 1^{bis}, de l'ordonnance sur l'administration du Parlement² dispose que la Délégation administrative nomme le délégué à la sécurité de l'Assemblée fédérale. Celui-ci est responsable, dans tous les domaines de la sécurité, de la planification et de l'organisation de mesures de protection à l'intention des députés et des collaborateurs des Services du

¹ ParlVV; [SR 171.115](#)

² OLPA ; [RS 171.115](#)

Parlement. Il est soutenu par le délégué à la sécurité informatique des Services du Parlement et collabore étroitement avec d'autres services de la Confédération, en particulier avec le NCSC.

Lorsque des députés lui signalent une cyberattaque, Fedpol conseille les personnes concernées et coordonne d'éventuelles mesures avec les Services du Parlement et le NCSC. Si l'annonce en question fait état d'une menace, Fedpol procède à une évaluation de la menace et ordonne, au besoin, des mesures de protection. Si l'affaire revêt une importance pénale, Fedpol transmet les informations en sa possession aux autorités de poursuite pénale compétentes ; il peut être chargé de mener des enquêtes.

3. Les Services du Parlement sont au fait des cas qui leur sont annoncés. Il y en a eu 30 en 2020, dont 5 critiques ; 31 ont été enregistrés jusqu'ici en 2021, dont 6 critiques. Fedpol ne tient pas de statistique des cyberattaques ciblant des députés.
4. Outre les mesures de sécurité usuelles pour le réseau informatique (par ex. authentification à deux facteurs pour l'accès à Parlnet), des mesures supplémentaires sont prévues, comme des programmes antivirus ou des dispositifs de cryptage pour les députés. Les Services du Parlement chargent régulièrement des spécialistes externes de contrôler leur infrastructure, puis comblent les lacunes ainsi détectées. Les équipements standard fournis par les Services du Parlement sont dotés des dispositifs de sécurité de base. Ceux-ci sont actifs tant que les députés respectent les consignes. Les députés ayant opté pour la variante du crédit informatique sont responsables de la sécurité de leurs appareils. Au-delà des moyens techniques, l'être humain reste le principal garant de la sécurité. C'est la raison pour laquelle les Services du Parlement sensibilisent régulièrement les députés à la problématique et leur prodiguent des conseils à ce sujet (cf. « Menaces, harcèlement, insultes : petit guide à l'intention des membres de l'Assemblée fédérale »).